



Buenos Aires, Zona Norte: Heftige Kämpfe gegen Entlassungen

Interview mit dem Gewerkschafter und *Zanon*-Arbeiter Raúl Godoy

Entlassene ArbeiterInnen des Autozulieferers Lear campierten 2014 monatelang vor der Fabrik, immer wieder blockierten sie die Autobahn Panamericana und fuhren für Demonstrationen ins Stadtzentrum. Viele gaben auf, aber ein Kern hielt hartnäckig durch und konnte die Wiedereinstellung durchsetzen. Sie hatten nicht nur gegen den US-Multi und staatliche Repression zu kämpfen, sondern auch gegen die Gewerkschaft SMATA. In anderen Betrieben dieses großen Industriegebietes gab es ähnliche Konflikte. Außerdem wurde dort angesichts drohender Schließung im August die Großdruckerei Donnelley besetzt und in Selbstverwaltung übernommen. Und 2014 meldeten sich die ArbeiterInnen in Argentinien mit zwei Generalstreiks zu Wort. Anzeichen für eine neue Tendenz unabhängiger Arbeiterbewegung?

Nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum zeigen sich in Argentinien wieder Anzeichen einer Krise, mit Inflation, Kurzarbeit und Entlassungen. Was sind die Ursachen? Was bedeutet dies für die ArbeiterInnen?

Präsidentin Cristina Fernández und ihre Beamten sprechen von einem „gewonnenen Jahrzehnt“. Aus Arbeitersicht war dies das Jahrzehnt, in dem die argentinische Wirtschaft nach dem ökonomischen und politischen Zusammenbruch im

Land und einer relativen Stabilisierung der Weltwirtschaft nicht weiter den Bach runter ging. Dies lag vor allem am internationalen Preisanstieg für Waren und Rohstoffe wie Soja und Öl. Gleichzeitig wurden Industrieunternehmen subventioniert, um Kurzarbeit und Entlassungen in größerem Ausmaß zu vermeiden. Die relative „Erholung“ in dieser Zeit beruht auf einer tiefgreifenden Prekarisierung. Es konnten zwar Arbeitsplätze erhalten und drei Millionen neue geschaffen werden – aber zum Preis der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Nach offiziellen Statistiken sind 48 Prozent der Arbeitsplätze „unreguliert“ (informell, ausgelagert, ohne Tarifvertrag usw.). Die relative Stabilität ist ebenfalls prekär. Die Regierung setzt auf diese interne Stabilität, kann aber die Abhängigkeit von den wirtschaftlichen und politischen (imperialistischen) Zentren, die unser Land als ihren Hinterhof betrachten, nicht leugnen. So brachte letztens ein US-amerikanisches Gericht mit seinem Urteil Argentinien an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Für ein abhängiges Land wie unseres stellt jede Bewegung der Weltwirtschaft (wie z.B. Veränderungen bei Erdöl- oder Rohstoffpreisen) eine Bedrohung dar. Mit der wirtschaftlichen Stagnation gab es auch in unserem Land erste Anzeichen von Krise. Es gab eine Welle von Kurzarbeit, die verschiedentlich in Entlassungen mündete, vor allem in der Autoindustrie, die in den letzten Jahren ein Hauptpfeiler der argentinischen Wirtschaft war. Kurzarbeit und Entlassungen in dieser Branche führten zu einigen beispielhaften Kämpfen. Dies ist ein neues Phänomen, da die alte Gewerkschaftsbürokratie in der Autoindustrie enormes Gewicht hat und eine polizeiarartige Kontrolle

ausübt. Die berüchtigte Autogewerkschaft SMATA hat als bürokratischer Apparat eine lange Tradition. Erinnert sei nur an den Film „Wunder gibt es nicht“, in dem über die Zusammenarbeit dieser Gewerkschafter mit Unternehmern und Militärdiktatur bei der Verfolgung von Linken berichtet wird.¹ Neu ist, dass es der klassenkämpferischen Linken, besonders trotzkistischen Strömungen wie der PTS (*Partido de Trabajadores Socialistas*) gelungen ist, sich in verschiedenen Fabriken und Betrieben dieser Branche zu verankern. Dadurch war in mehreren Betrieben Widerstand gegen die Entlassungen möglich. Einige dieser Kämpfe bekamen Vorbildcharakter und genossen breite Sympathie. Am bekanntesten wurde der Kampf beim Autozulieferer Lear, einem US-Multi, der 250 Arbeiter zuerst in Kurzarbeit schickte und dann entließ. Die Medien bezeichneten diesen Kampf als den wichtigsten des Jahres. Zwar gingen viele Arbeitsplätze verlo-

gung an diesen vom Apparat ausgerufenen und von Regierung wie Medien bekämpften Generalstreiks sehr groß war. Prekäre, nicht organisierte ArbeiterInnen nutzten die Gelegenheit, um ihre Unzufriedenheit auf die Straße zu bringen. Trotz des Geredes vom „gewonnenen Jahrzehnt“ leben Millionen von ArbeiterInnen unter miesesten Bedingungen, selbst wenn sie Arbeit haben. Auch die radikale Linke beteiligte sich an den Generalstreiks. Während der Apparat nicht wirklich für die Generalstreiks mobilisierte, organisierten kämpferische Gewerkschaften mit linken und aktiven ArbeiterInnen an vielen Orten Streikposten, Demos und Straßenblockaden.

Wie reagiert die Regierung?

Die Regierung hat über die Ministerien, Teile der Presse und mit viel öffentlicher Propaganda versucht, den Forderungen die Legitimität abzuspochen. Die Gewerkschaftsapparate, die auf Regierungslinie liegen, hetzten systematisch gegen die linken und Basisdelegierten, mit dem Argument, die Forderungen würden nur der Rechten in die Hände spielen. Ein Tiefpunkt war die ungerechte Verurteilung von fünf Ölarbeitern aus Santa Cruz zu lebenslänglicher Haft. Sie hatten an einer Demonstration teilgenommen, bei der ein Polizist auf ungeklärte Weise zu Tode kam, und wurden für diesen Tod verantwortlich gemacht. Mehr als 6000 Verfahren laufen gegen ArbeiterInnen, die sich an Kämpfen beteiligt haben. Unter keiner anderen Regierung gab es so viele politische Gefangene wegen solcher Kämpfe: ArbeiterInnen, UmweltschützerInnen usw. Besonders deutlich wurde diese Politik mit der brutalen Repression gegen ArbeiterInnen und UnterstützerInnen auf der *Panamericana* während des ganzen letzten Jahres, mit vielen Verletzten, Krankenhausbehandlungen und Festnahmen – darunter auch bekannte VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen. Dies hat dem Image der Regierung, die sich selbst gerne als Vertreterin der Menschenrechte bezeichnet, ziemlich geschadet und bei progressiven Kräften, die die Regierung bislang unterstützt haben, aber die Repression nicht gutheißen konnten und die Forderungen gerechtfertigt fanden, zur Krise geführt.



FOTO: PATEANDOELTABERGO.COM.AR

ren, aber die Arbeiter erreichten mit diesem Kampf einen enormen politischen Erfolg. Sie konnten die Wiedereinstellung des Kerns von Aktivisten durchsetzen und der Politik von Gewerkschaftsbürokratie, Multi und Regierung, die die Arbeiter mit systematischer Repression verfolgte, einen Strich durch die Rechnung machen.

2014 gab es zwei Generalstreiks in Argentinien, im April und im August. Was wurde gefordert? Wer hat aufgerufen? Wer beteiligte sich?

Die beiden Generalstreiks legten zwar nicht alles lahm, hatten aber politisch große Bedeutung. Argentinien hatte früher starke Gewerkschaften und einen hohen Organisationsgrad. Dies hat sich sehr geändert. Die Gewerkschaftsführungen haben die Organisationen zerlegt. Es gibt heute fünf Dachverbände: drei CGTs und zwei CTAs. Hinzu kommt die vorhin erwähnte Prekarisierung. Heute sind nur noch 45 Prozent der ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert. Die Generalstreiks wurden von der von Moyano geführten CGT und der CTA unter De Genaro ausgerufen, gegen die degressive Steuer: Wenn ein Arbeiter mehr als den doppelten Durchschnittslohn verdient, muss er „Gewinnsteuer“ bezahlen, auch wenn er sich für diesen Lohn kaputt schuftet. Das ist völlig unverhältnismäßig, wenn man bedenkt, dass die großen Kapitalisten oder das Finanzkapital im Gegensatz zu den ArbeiterInnen keine Steuern zahlen. Neben dieser Forderung ging es um Lohnerhöhungen. Neu ist, dass die Beteili-

Im Industriegebiet Zona Norte im Norden von Buenos Aires gab es verschiedene Mobilisierungen gegen Entlassungen. Bei Gestamp und Lear wurden diese Kämpfe gegen die Gewerkschaft organisiert. Sind das Einzelfälle, oder zeichnet sich hier eine neue Tendenz von Kämpfen ab – ohne oder gegen den Apparat?

Diese heftigen Kämpfe zeigen eine Tendenz, die sich mit der Verankerung von Linken in Bereichen, die vorher unter starker Kontrolle der Apparate standen, schon angedeutet hatte. In wichtigen Betrieben konnten Betriebsräte und Vertrauenskörper, die vorher vom Apparat beherrscht waren, von Linken übernommen werden. Dies hatte in der Lebensmittelindustrie begonnen, bei *Pepsico*, *Kraft-Terrabusi*, *Stani* und mehreren kleineren Betrieben, wo mit Unterstützung von Linken gewerkschaftlicher Aktivismus entwickelt wurde. Hinzu kam, dass die klassenkämpferische Linke auch auf politischer Ebene sichtbar wurde und eine eigene Stimme bekam. Das linke Wahlbündnis FIT (*Frente de Izquierda y de*

1) Film von Gaby Weber über die Verschwundenen von Mercedes Benz bei labournet.tv

los Trabajadores) stellte in mehreren Provinzparlamenten Abgeordnete, drei im nationalen Parlament und lag mit 1,3 Millionen Stimmen bei etwa 5 Prozent. Auch dies trug dazu bei, dass die ArbeiterInnen mehr Vertrauen in die eigene Kraft bekamen.

In den 90er-Jahren hatte die Arbeiterklasse schwere Rückschläge hinnehmen müssen. Mit dem jüngsten Wirtschaftsaufschwung und den neuen Arbeitsplätzen traten jüngere ArbeiterInnen auf den Plan, die weder die Niederlagen der 90er-Jahre noch die Angst vor Arbeitslosigkeit mit sich herumschleppen. Diese Jüngeren wollen nicht auf „Errungenschaften“ verzichten und verteidigen ihre Arbeitsplätze, wobei sie sich mit dem alten korrupten Gewerkschaftsapparat anlegen müssen.

Ich sehe diese Kämpfe nicht als Einzelfälle und auch nicht nur als Produkt von Spontaneität, da linke Parteien dabei eine aktive Rolle spielen. Bei *Lear*, wo der wichtigste Kampf stattfand, setzte sich der Betriebsrat aus Unabhängigen und Mitgliedern der PTS zusammen. Sie hatten sich mit 70 Prozent der Stimmen in der Fabrik gegen den Apparat durchgesetzt. Der Kampf gegen die Entlassungen bei *Lear* dauerte mehr als sieben Monate und war stark politisch geprägt. Selbst die Präsidentin CFK und ihre Minister sahen sich immer wieder gezwungen, in den Medien auf diesen Konflikt einzugehen, und beschuldigten die Linke und die PTS, diesen Kampf zu unterstützen. Diese neue Tendenz bereitet der Regierung, den Gewerkschaftsapparaten, die vorher mit absoluter Kontrolle herrschten, sowie den großen Unternehmen erhebliche Sorgen, die sie in ihrer Presse auch zum Ausdruck bringen.

Wie sieht es mit der Bewegung der besetzten Fabriken und übernommenen Betriebe aus? Was ist mit der Textilfabrik Brukman passiert? Welche Bedeutung hat die Besetzung der Großdruckerei Donnelley?

Diese Bewegung hatte im vergangenen Jahrzehnt ihre eigenen Probleme. Der Regierung ist es weitgehend gelungen, die Verbindungen zwischen uns zu kappen – mit einer Vereinnahmungspolitik, bei der wir mit Einzelverhandlungen voneinander isoliert wurden, wobei diejenigen, die sich unterwarfen, kleine Vergünstigungen bekamen. Es gab bescheidene Subventionen unter der Bedingung, nicht weiter auf der Straße zu demonstrieren, sondern von Büro zu Büro und von Ministerium zu Ministerium zu laufen. Unter dem Druck, den jeweiligen Betrieb aufrechtzuerhalten, begannen viele ArbeiterInnen mehr auf den kleinen Verhandlungsweg zu vertrauen als auf den gemeinsamen koordinierten Kampf. Dieses Jahrzehnt war von einer Passivität geprägt, die die Regierung durch Arbeitsplätze und geringfügige Zugeständnisse erreichte. Einige Fabriken wurden geschlossen, andere verwandelten sich in normale Kooperativen, in denen kapitalistische Prinzipien Einzug hielten: andere Verträge für die neuen „Mitglieder“, Lohnkürzungen, miese Arbeitsbedingungen usw. Während nationale Großunternehmen und Multis von der Regierung ökonomische Hilfe, Subventionen und billige Kredite bekamen, fiel für die Kooperativen nichts ab – harte Bedingungen und ein versteckter Angriff auf alle Versuche von Selbstverwaltung. Wenn Selbstverwaltungspolitik isoliert wird, ist es unmöglich, sie in dem wirtschaftlichen

Auf und Ab, das der Kapitalismus ständig erzeugt, aufrechtzuerhalten.

Brukman ist dafür leider ein typisches Beispiel. Die TextilarbeiterInnen dieser Fabrik, die viele Jahre lang mit *Zanon* verbündet waren, wurden zuerst durch Repression, dann durch soziale Kontrolle ruhiggestellt, schließlich wurde ihnen ökonomisch die Luft abgeschnürt. Der fehlende Zugang zu Krediten und die Isolierung der Fabrik, die auf einem brutalen kapitalistischen Markt bestehen musste, waren harte Schläge. In der Textilindustrie sind die Prekarisierung und die Ausbeutung von MigrantInnen verbreitet, die unter dem Druck, Arbeit zu finden, als Billigarbeitskraft unter fast sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Dies führte bei *Brukman* zu einem wirtschaftlichen Niedergang, den der regierungstreue Anwalt Luis Caro auszunutzen wusste. Vor kurzem schlug er auf einer Versammlung das „Geschäft“ vor,



die Fabrik zu verkaufen, das Geld aufzuteilen und das Selbstverwaltungsexperiment zu beenden. Ein kleiner Kern von ArbeiterInnen stellte sich dagegen, aber der Vorschlag des Anwalts wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Als es für die Regierung und die politische Macht schon so aussah, als sei die Situation unter Kontrolle, kam es mit *Donnelley* zu einem Wiederaufleben der Bewegung. Das heißt, sie konnten die Betriebe zwar in gewisser Weise ruhigstellen, einige vereinnahmen, andere Experimente beenden, aber es ist ihnen nicht gelungen, die Perspektive zum Verschwinden zu bringen, dass ArbeiterInnen ihre Fabriken, bei denen Schließung oder Entlassungen drohen, besetzen und selber weiter betreiben. Diese Perspektive ist latent vorhanden, sie ist Teil des Programms der argentinischen Linken und heute bereits eine reale Alternative.

Donnelley (siehe ila 379) ist eine Druckerei mit einem kämpferischen Betriebsrat, der schon vor Jahren den Gewerkschaftsbürokraten aus der Hand genommen wurde. Die PTS hat hier starken Einfluss, von daher gab es immer die Verbindung zu *Zanon*. Dieser Betriebsrat verfügt über reichhaltige Erfahrung, z.B. mit kämpferischen Aktionen beim Generalstreik im April 2014, mit Solidaritätsblockaden der *Panamericana* für die Entlassenen von *Gestamp* und *Lear* oder mit einer Arbeitsniederlegung für die Rechte einer Kollegin, einer Transfrau. Auf der Grundlage dieser Vorgeschichte von politischer Erfahrung und Arbeitersolidarität waren sie in der Lage, auf die versuchte Fabrikschließung des US-Multis eine angemessene und organisierte Antwort zu geben. ■